

ANTRAG des ÖWB
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 27. November 2025

06. November 2025

Senkung der Staatsquote auf deutlich unter 50%

Die österreichische Staatsquote lag 2024 mit 56,3 %¹ klar über marktwirtschaftlich vertretbaren Grenzen, dem OECD-Schnitt und den historischen Erfahrungswerten erfolgreicher Wirtschaftsnationen. Für 2025 und 2026 ist aktuell von keiner Senkung auszugehen. Ein zu großer Staatsanteil hemmt Investitionen, Eigeninitiative und unternehmerische Innovationskraft, wie zahlreiche Studien (u.a. OECD, Weltbank, IWF) belegen. Die Tendenz zu wachsender Staatswirtschaft und überbordende Regulierungen schränken den Handlungsspielraum für Produktivität und Wohlstand als Grundlage für ein nachhaltiges Sozialsystem massiv ein und gehen gegen die Prinzipien einer liberalen Marktwirtschaft.

Angesichts der dramatisch gestiegenen Staatsquote fordern wir daher:

1. Strukturreformen zur Entlastung des Staatshaushalts:

- **Strategische Überprüfung staatlicher Beteiligungen:** Evaluierung aller Bundesbeteiligungen nach Effizienz, Marktnähe und strategischem Nutzen. Ziel ist eine Optimierung der Beteiligungsstruktur, zB durch Kooperationen mit privaten Partnern oder effizienteres Beteiligungsmanagement.
- **Zusammenlegung und Vereinfachung von Förderungen:** Reduktion der über 1.000 Einzelprogramme auf wenige, transparente Schwerpunktcluster – etwa „Innovation“, „Digitalisierung“, „Energie“, „strategische Sicherheit“.
- **Reform der Förderlogik:** Systematische Evaluierung nach Effizienz- und Wettbewerbsbeitrag, schrittweiser Abbau von Förderungen ohne klaren wirtschaftlichen Mehrwert.
- **Ausgabenbremse im Verwaltungsbereich:** Ziel sind reale Einsparungen in der Verwaltung (etwa durch eine Föderalismusreform). Keine Budgetzuwächse über die Inflationsrate hinaus.

¹ <https://www.wko.at/statistik/Extranet/Bench/staatsq.pdf>

- **Zeitleiste:**

- **2026–2027:** „Transparenzcheck Staat & Markt“ auf Basis des [Bundesförderungsberichts](#) sowie einen [Beteiligungsberichts](#).
- **2027:** Umsetzung erster Strukturreformen im Förderwesen (wie auch im Regierungsprogramm vorgesehen).
- **2030:** Reduktion der Staatsausgabenquote um mindestens 2 %-Punkte durch Effizienzsteigerung und gezielte Reformen.

2. Förderung von Eigenverantwortung:

- **Einführung von Public-Private-Partnerships (PPP)** bei Infrastrukturprojekten (zB Breitbandausbau, Verkehr, Bildungseinrichtungen).
- **Ausbau und Attraktivierung privater Vorsorgeangebote** (steuerlich begünstigte Gesundheits- und Pensionsmodelle), Ausbau der zweiten und dritten Säule.
- **Förderung von Wohnbau durch private Investoren.**
- **Stärkung der Finanzbildung** in Schulen, um langfristig Eigenverantwortung im Umgang mit Geld und Vorsorge zu verankern.
- **Zeitleiste:**
 - **2026:** Gesetzliche Grundlage für PPP-Projekte und steuerliche Begünstigung privater Vorsorgeprodukte.
 - **2027–2028:** Pilotprojekte in den Bereichen Infrastruktur und Gesundheit.
 - **2030:** Signifikanter Anteil staatlicher Infrastrukturinvestitionen wird über PPP-Modelle abgewickelt.

3. **Steuersenkung und Entbürokratisierung:**

- **Senkung der Dienstgeber-Lohnnebenkosten** um mindestens 4%-Punkte bis 2030 durch schrittweise Effizienzsteigerungen im Sozialsystem sowie der Finanzierung des FLAF aus dem öffentlichen Budget.
- **Reform der Einkommenssteuer** mit Fokus auf Entschärfung der Progression, um Anreize für Teilzeitarbeit zu reduzieren und Mehrarbeit zu begünstigen.
- **Abschaffung oder Vereinfachung von Bagatelsteuern** (z. B. Werbeabgabe, gewisse Gebühren).
- **Digitalisierung von Verwaltungsverfahren:** Einheitliche Unternehmensplattform (One-Stop-Shop) für Genehmigungen, Förderanträge und Abgaben.
- **Zeitleiste:**
 - **2026:** Vorbereitung einer umfassenden Reform.
 - **2027–2028:** Umsetzung erster Entlastungsschritte (zB Reduktion der Lohnnebenkosten, Einführung digitaler Verfahrenswege).
 - **2030:** Vollständige Etablierung einer vereinfachten, digitalen Verwaltung und spürbare Reduktion der Steuer- und Abgabenquote.

4. **Konkrete Zielvorgabe:** Senkung der Staatsquote von derzeit rund 56 % (2024) auf unter 50 % bis spätestens 2030.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden

ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, gegenüber Bundesregierung, Parlament und relevanten Institutionen auf eine schrittweise Senkung der Staatsquote unter 50 % bis spätestens 2030 hinzuwirken.

Es sollen folgende Maßnahmen eingefordert und unterstützt werden:

- Systematische Reduktion von Eingriffen in den Markt und staatlicher Förderungen, gezielte Privatisierungsprogramme für nicht-strategische Staatsbeteiligungen.
- Reduktion der Steuer- und Abgabenquote.
- Abbau von Bürokratie und regulativen Hindernissen („Gold Plating stoppen und abbauen“), digitalisierte Behördenverfahren für Unternehmen, insbesondere KMU und Gründer.

Die WKÖ wird damit beauftragt, eine umfassende nationale Initiative zu starten, um im öffentlichen Bereich ineffizienten Mitteleinsatz sowie Fehlanreize zu vermeiden. Damit soll sowohl die Senkung der Staatsquote als auch die Stärkung privater und unternehmerischer Verantwortung unterstützt werden.



Andreas Wirth
Präsident, WK Burgenland



Jürgen Mandl
Präsident, WK Kärnten



Carmen Goby
Vizepräsidentin WKÖ